

Sechster Bericht zur Lage von Menschen mit Behinderung

Ziel: Inklusiv und barrierefrei

Die Landesregierung Rheinland-Pfalz ist verpflichtet, alle zwei Jahre einen Bericht zur Lage von Menschen mit Behinderung vorzulegen. Der Sechste Bericht ist nach der Beratung im Ministerrat nun vom Landtag veröffentlicht worden.

Der Sechste Bericht für die Jahre 2013 bis 2015 orientiert sich an den Daten und Ausführungen des Landesaktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, den die Landesregierung am 2. Dezember vorgestellt hat.

Ähnlich wie der Aktionsplan beschreibt der Bericht in insgesamt zehn Handlungsfeldern, was in den letzten zwei Jahren erreicht wurde, um die Gesellschaft barrierefreier und inklusiver zu gestalten.

„Mit dem Budget für Arbeit als Alternative zur Werkstatt für behinderte Menschen, dem Ausbau von Integrationsfirmen und den vielen persönlichen Budgets für ein selbstbestimmtes Wohnen im Quartier haben wir in Rheinland-Pfalz wichtige Zeichen gesetzt, die bundesweit beachtet werden“, erklärt Matthias Rösch, der Landesbeauftragte für die Belange behinderter Menschen.

„Gerade im Handlungsfeld Bildung und Erziehung können wir in Rheinland-Pfalz mit dem Ausbau der inte-



Foto: MSAGD, Martina Pipprich

Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie des Landes Rheinland-Pfalz

grativen Kindertagesstätten und zusätzlichen Einzelintegrationen den Rückgang der Förderkindergärten als Sondereinrichtungen gestalten sowie mit dem Aus- und Aufbau von Schwerpunktschulen sichtbare Erfolge vorweisen“, so Sozialministerin Bätzing-Lichtenthäler.

Weitere Erfolge sind zum Beispiel die zunehmende

Zahl der barrierefreien Bahnhöfe, die guten Beispiele im barrierefreien Tourismus und die Landesbauordnung.

„In einigen Bereichen sehen wir jedoch auch noch Verbesserungsbedarf“, so die Ministerin und der Landesbeauftragte für die Belange behinderter Menschen. Rheinland-Pfalz stehe zwar im Bundesdurchschnitt gut da, was die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen angeht. Der Landesdienst habe mit einer Quote von knapp 5,2 Prozent eine Vorbildfunktion inne. Mit 3,9 Prozent sei die Beschäftigungsquote privater Arbeitgeber allerdings noch nicht zufriedenstellend.

„Wir möchten unsere Quote im Öffentlichen Dienst noch weiter steigern und somit auch den privaten Arbeitgebern als noch besseres Beispiel vorangehen“, so die Ministerin abschließend.

Der Sechste Bericht der Landesregierung Rheinland-Pfalz zur Lage von Menschen mit Behinderung ist einsehbar unter: Drucksache 16/6022.



Kolumne

Soziale Gerechtigkeit mit sozialer Marktwirtschaft

Liebe Freundinnen und Freunde,

auch Deutschland gehört zu den Ländern in Europa, in denen sich die Schere zwischen Arm und Reich immer mehr und immer schneller öffnet. Wachsender Armut steht eine Konzentration privaten Reichtums gegenüber. Die Bürgerinnen und Bürger mussten und müssen erhebliche Einschnitte in den sozialen Sicherungssystemen hinnehmen und wurden mit den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise belastet, für die sie in keiner Weise verantwortlich sind.

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt war und ist immer noch durch die Zunahme der prekären Beschäftigung und der Leiharbeit geprägt. Andererseits erwirtschaften deutsche Unternehmen und Konzerne Milliardengewinne.

Die Rückbesinnung auf den politischen Grundkonsens, wirtschaftlichen Fortschritt mit sozialem Ausgleich und Wohlstand für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zu verbinden, ist heute notwendiger denn je.

Unternehmen und Konzerne sind aufgefordert, sich angemessen an der Finanzierung der sozialen Sicherung und der öffentlichen Aufgaben zu beteiligen.

Dies durchzusetzen ist allein Aufgabe der politisch Handelnden.



Richard Dörzapf

Mit freundlichen Grüßen
Richard Dörzapf,
1. Landesvorsitzender

SoVD in den Behindertenbeiräten in Worms und Worms-Alzey vertreten

Der lange Weg zu den Beiräten

2009 wurde die UN-Konvention für die Belange von behinderten Menschen ratifiziert. Rheinland-Pfalz war das erste Bundesland, das unter Mitwirkung des SoVD einen Aktionsplan zur Umsetzung der Konvention veröffentlichte.

Der Ortsverband Worms-Alzey entwickelte zeitgleich zum rheinland-pfälzischen Aktionsplan auf kommunaler Ebene Aktionspläne für die Stadt Worms und den Landkreis Alzey-Worms. Vor der Kommunalwahl nutzte er im Rahmen einer Initiative die Chance, die Parteien zu einer Aussage zum Aktionsplan und zur Errichtung von kommunalen Behindertenbeiräten zu bewegen.

Im Landkreis Alzey-Worms wurde unmittelbar eine Satzung für einen Behindertenbeirat beschlossen. Der SoVD war im Vorfeld der Beschlussfassung daran beteiligt. Im Beirat ist der SoVD nun mit

Gunter Konrad als Mitglied und Werner Gradinger als dessen Stellvertreter präsent.

Ganz anders in der Stadt Worms: Trotz Vorlage des Landesaktionsplanes und einiger kommunaler Aktionspläne wurde hier ein Plan entwickelt, der schwer zu verstehen ist und sicher auch nur wenig Einfluss auf die Kommunalpolitik bekommt.

Im Dezember 2015 wurde ein Behindertenbeirat vom Stadtrat gewählt. In diesem Beirat sind acht Bürgerinnen und Bürger mit unterschiedlicher Behinderung vertreten. Behindertenverbände waren nicht aufgefordert worden, sich zu beteiligen. Der SoVD

machte trotzdem Vorschläge – mit dem Erfolg, dass Heiner Boegler und Dieter Trapp zu stellvertretenden Beiratsmitgliedern ernannt wurden. Es stellt sich aber die Frage, ob ein Beirat ohne die professionelle Unterstützung von Behindertenverbänden dem Thema „Inklusion“ umfassend gerecht wird bzw. werden kann.

Der Ortsverband Worms-Alzey hofft, dass das Thema „Inklusion“ nun aktiv angegangen wird, denn sechs wertvolle Jahre sind verloren gegangen durch die komplizierte Herangehensweise – zum Schaden der Menschen mit Behinderung.



Gunter Konrad,
Landkreis
Alzey-Worms



Werner Gradinger,
Landkreis
Alzey-Worms



Heiner Boegler,
Stadt Worms



Dieter Trapp,
Stadt Worms